

(Präsidentin Friebe)

- (A) nanzausstattung - vorliegt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Fraktion DIE GRÜNEN.

(Minister Matthiesen: Kleine Minderheit!)

Wer ist dagegen? - SPD, CDU und F.D.P. Enthält sich jemand der Stimme? - Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen jetzt über das Gemeindefinanzierungsgesetz 1995 entsprechend der Beschlußempfehlung Drucksache 11/8017 ab. Wer dieser Beschlußempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - SPD. Wer ist dagegen? - CDU, F.D.P. und GRÜNE. Enthält sich jemand der Stimme? - Frau Boulboulé. Ich stelle fest, daß der Gesetzentwurf in zweiter Lesung angenommen ist.

Abschließend stimmen wir über die Rücküberweisung des Gemeindefinanzierungsgesetzes an den Haushalts- und Finanzausschuß - federführend - und nach einer gestrigen Vereinbarung der Fraktionen zur Mitberatung an den Ausschuß für Kommunalpolitik ab. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Ich darf feststellen, daß dies einstimmig beschlossen ist.

(B)

Ich rufe die Nummer 4 auf:

Stellenpläne

und verweise auf Beschlußempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 11/8000.

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Abgeordneten Bensmann für die Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordneter Bensmann (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! "Unabhängig von den Ergebnissen jährlicher Lohn- und Gehaltsrunden weisen die Personalausgaben bereits jetzt eine besorgniserregende Dynamik auf." - Ende des Zitats, Frau Präsidentin. - Dies schrieb der Herr Finanzminister dieses Landes, Schleußer, in der letzten Ausgabe des "Finanzreports" zum

Thema: "Beamte: zurück zur 40-Stunden-Woche?" (C)

Frau Präsidentin, ich möchte hier auch deutlich sagen, daß ich es sehr merkwürdig finde, daß bei der Beratung des Personalhaushalts - das sind 50 % der Steuereinnahmen und 40 % des Gesamtetats - der Herr Finanzminister nicht anwesend ist. Ich finde, das ist auch ein Beweis dafür, wie ernst er diesen Bereich nimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Aber zurück zu dem Zitat! Der Finanzminister hat recht, doch die notwendigen politischen Entscheidungen trifft er leider nicht. Die katastrophale Haushaltslage des Landes mit den Sünden der Schuldenpolitik der vergangenen Jahre kommt noch hinzu. Auch hier eins gleich ganz deutlich, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, weil Sie das immer wieder in Richtung Bonn sagen: Der Schuldenturm des Landes von 121 Milliarden DM ist nicht die Folge der Kosten der Wiedervereinigung. Denn im Jahre 1989, als wir alle gar nicht daran geglaubt haben, waren es bereits 100 Milliarden DM, hausgemacht durch SPD-Politik der vergangenen Jahre.

Wenn wir heute 40 % des Gesamtetats und jede zweite eingenommene Steuermark für die 335 000 Staatsdiener des Landes Nordrhein-Westfalen ausgeben müssen - und dies mit steigender Tendenz, insbesondere bei den Pensionslasten -, dann ist dies in der Tat - und da stimme ich dem Finanzminister zu - dramatisch. Wenn wir hier nicht recht schnell haushaltspolitisch umsteuern, werden wir in der Zukunft insgesamt handlungsunfähig sein. (D)

Aber dies darf auch nicht bedeuten, daß man dort, wo es notwendig ist, überhaupt nicht mehr Politik gestaltet, wie es nach unserer Auffassung die SPD mit ihrem vorgelegten Haushalt dokumentiert hat. Wenn nämlich jedes Jahr 40 000 neue Grundschüler, I-Männchen, vor den Schultüren stehen und wenn sich die älteren Bürger abends schon gar nicht mehr auf die Straße trauen, dann muß in diesen zentralen Bereichen, der Bildung und der inneren Sicherheit, auch personalpolitisch gehandelt werden.

Wir als CDU haben dies mit unseren Anträgen deutlich gemacht und hier - und auch nur in die-

(Bensmann [CDU])

- (A) sen Bereichen - personalpolitische Schwerpunkte gesetzt, ohne - Herr Trinius, was Sie uns hier immer vorwerfen - die Stellenpläne insgesamt auszuweiten. Keine zusätzliche Stelle! Wir haben uns vielmehr dafür entschieden, was der Herr Finanzminister im Kabinett offensichtlich nicht umsetzen konnte, nämlich in den entscheidenden Bereichen, in denen teilweise auch überprüft worden ist, bei der Ministerialverwaltung, den nachgeordneten Landesbehörden und Mittelinstanzen, den Rotstift anzusetzen.

(Zuruf des Abgeordneten Trinius [SPD] - Weitere Zurufe von der SPD)

- Herr Trinius, warten Sie einen Moment. Ich komme dazu.

Allein die Auflösung des völlig überflüssigen Ministeriums für Bauen und Wohnen bringt immerhin 260 Stellen, die beispielsweise im Bereich der Grund- und Sonderschulpädagogik dringend gebraucht würden. Das hat der Kollege Dammeyer vor drei, vier Stunden hier noch deutlich gesagt.

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Das ist unseriös! Die können Sie da doch nicht einsetzen!)

- (B) - Nehmen Sie das Zahlenwerk, rechnen Sie, nehmen Sie einen Taschenrechner dazu, und Sie werden sehen, daß dieses Zahlenwerk stimmig ist. Wir haben dies im Haushalts- und Finanzausschuß ja ausführlich diskutiert.

(Zuruf des Abgeordneten Mernizka [SPD])

Ich sage Ihnen noch ein Argument für die Richtigkeit unseres Weges. Der Finanzminister hat ja im Landeshaushalt 1995 in all den Bereichen, in denen noch keine Organisationsuntersuchung durchgeführt worden ist, eine 2%ige Stelleneinsparung vorgenommen. Nur - und das ist das entscheidende Zahlenwerk -: Hier als Basiszahl 8 100 Stellen von insgesamt 335 000 Stellen zu nehmen, ist wirklich lächerlich. Entschuldigen Sie dieses Wort.

Im Bund geht man denselben Weg, den wir hier schon immer eingefordert haben: Im Haushalt 1995 wird 1 % aller Stellen eingespart. Dies haben Sie leider nur zögerlich gemacht.

In unserem Antrag haben wir - ich will das aus Zeitgründen nicht wiederholen - für die 1 000 Stellen für den Schulbereich einen entsprechenden Deckungsvorschlag gemacht. (C)

Die Handlungsunfähigkeit der Landesregierung zeigt sich auch bei dem "Rasenmäher Wiederbesetzungssperre". Dieses Instrument ist wirklich völlig untauglich für politische Gestaltung, schafft vor Ort nur Ungerechtigkeiten und ist auch ein Zeichen für Mangel an entscheidendem politischen Handeln. Bei den 2 % - ich sagte es eben - haben Sie es auch so gemacht.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Das schreiben Sie selber doch auch vor!)

- Nein, Herr Trinius, das ist falsch. Wir haben gemeinsam beschlossen, in den Bereichen Asyl, Schule und innere Sicherheit die Wiederbesetzungssperre nicht gelten zu lassen. Einverstanden? Das sind auch unsere politischen Schwerpunkte. Aber in allen anderen Bereichen ist dies wirklich eine Ungerechtigkeit, wie sie schlimmer nicht sein kann. In Einzelgesprächen bestätigt das ja sogar der Finanzminister. Sie selber wissen doch aus den Diskussionen mit Ihren Kollegen, wie das bei den Zuwendungsgebern, wo es nur eine Stelle vor Ort gibt, aussieht.

Da ist eine Stelle ein ganzes Jahr nicht besetzt. Dann sagen Sie doch ganz konkret, welche Stelle es nicht sein soll, aber nicht nach dem Zufalls-generator. Das brauchen wir hier doch wirklich nicht mehr zu vertiefen. (D)

Der weitere Beweis für den mangelnden Willen, das Sparen umzusetzen, ist die Realisierung der kw-Vermerke. Von den insgesamt 7 200 sind innerhalb von zwei Jahren lediglich 450 realisiert. Das sind 6,3 %. Weitere 7 000 schieben Sie bis über das Jahr 2000 hinaus vor sich her.

Herr Trinius, vielleicht sagen Sie es dem Finanzminister weiter: Es gibt auch Gutes über sein Haus zu berichten.

(Zuruf des Abgeordneten Trinius [SPD])

- Warum? Das kann man doch sagen!

Die Erklärung des Finanzministers, für die Aushilfsangestellten mit Zeitverträgen für die im Er-

(Bensmann [CDU])

- A) zierungsurlaub befindlichen Angestellten der Finanzverwaltung eine sozialverträgliche Lösung zu finden, ist ausdrücklich zu begrüßen. Da waren wir uns über alle Parteigrenzen hinweg einig. Die Zusage, die 145 Angestellten - es sind hauptsächlich Frauen - mit mehr als sechsmal verlängerten Zeitverträgen in ein Dauerarbeitsverhältnis zu übernehmen, ohne daß der Stellenumfang vergrößert wird, ist nicht nur für die Betroffenen eine gute Nachricht und Weihnachtsbotschaft.

Neben den aktuellen Personalentscheidungen des Haushalts bleibt das größte Sorgenkind die künftige Belastung aus den Pensionsverpflichtungen. Wir wissen aus den des öfteren diskutierten Grundlagen, daß wir jedes Jahr 6 % Steigerung haben. Innerhalb der nächsten 20 Jahre werden sich die Lasten auf über 10 Milliarden DM verdoppeln.

Zum Schluß möchte ich noch einmal den Finanzminister zitieren. Er schreibt in seinem Hausblatt - ich zitiere, Frau Präsidentin -:

Im öffentlichen Dienst liegt ein finanzpolitischer Sprengsatz, der schnellstens entschärft werden muß.

- B) Ich füge hinzu: Wenn wir nicht handeln, wird in Zukunft der notwendige Staatsapparat überhaupt nicht mehr bezahlbar sein. Das ist politisch zwischen allen Parteien unstreitig.

(Zuruf des Abgeordneten Dautzenberg [CDU])

Die GRÜNEN nehme ich hiervon ausdrücklich aus, weil sie auf diesem Gebiet teilweise wirklich illusorische Vorstellungen haben.

Die CDU fordert Sie deshalb auf, meine Damen und Herren von der SPD, zusammen mit der Bundesregierung eine grundsätzliche Reform des öffentlichen Dienstrechts in Angriff zu nehmen, und zwar unverzüglich im nächsten Jahr, damit die Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben im Interesse des Staates und unserer Bürger wieder attraktiv wird. Das heißt stichpunktartig

- eine stärkere leistungsorientierte Besoldung,
- Umbau der Grundgehaltsstruktur mit dem Ziel einer deutlichen Verringerung der Zahl der Dienst- und Lebensaltersstufen,

- deutlich längere Intervalle bei den Dienst- und Lebensaltersstufen, (C)
- Übertragung von bestimmten Führungsämtern in der Verwaltung lediglich auf Zeit,
- deutliche Verlängerung der Probezeit,
- Teilzeitbeschäftigungen
- nur die Leistungen als Pensionär, die man an Bruttoarbeitslohn während des Arbeitslebens erhalten hat.

Zum Schluß, Herr Finanzminister - schön, daß Sie jetzt da sind; ich freue mich, Ihnen wenigstens das zum Schluß sagen zu können -:

(Minister Schleußer: Ich bin immer gern da!)

Beschreiben Sie nicht immer den Sachstand! In vielen Bereichen sind wir in der Sache ja überhaupt nicht auseinander. Beklagen Sie das nicht immer, sondern handeln Sie, damit wir auch in Zukunft den gut ausgebildeten und motivierten Finanzbeamten, den für die Sicherheit der Bürger notwendigen Polizisten und den Lehrer an den Schulen für unsere Kinder bezahlen können. - Vielen Dank. (D)

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege Bensmann. - Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Walsken das Wort.

Abgeordneter Walsken (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein Haushalt von über 80 Milliarden DM entsteht nicht in einem Jahr, er entsteht in mehreren Jahrzehnten gewachsener Strukturen.

(Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Und die Überschuldung!)

Vieles, was Kollege Bensmann hier erzählt hat, ist in der Vergangenheit durch Entscheidungen gewachsen, die zum großen Teil in diesem Hause einvernehmlich getroffen worden sind. In diesem Haushalt sind nur relativ wenige Entscheidungen

(Walsken [SPD])

- (A) - auch finanzpolitischer Qualität -, die allein von einer Fraktion getragen werden müßten.

(Zuruf des Abgeordneten Dautzenberg [CDU])

Allerdings wären die Stabilität und die Qualität dieses Haushalts etwas anders, wenn die SPD-Fraktion nicht in den letzten fünf Jahren erfolgreich den Versuchen der CDU widerstanden hätte, den Personalhaushalt erheblich auszudehnen. Es hat kein Haushaltsjahr gegeben, in dem sich die CDU-Fraktion nicht bemüht hätte, mehrere tausend Stellen zusätzlich im Landeshaushalt unterzubringen - das in dieser Legislaturperiode, obwohl die gesamte Legislaturperiode unter dem Eindruck der Finanzierung der deutschen Einheit unter ganz anderen Voraussetzungen diskutiert und überstanden werden mußte als die vergangene.

Wenn ich die vergangene Legislaturperiode als Beispiel dafür nehme, was von der Opposition alles beantragt worden ist, und wenn wir das auch nur im entferntesten im Landeshaushalt realisiert hätten

(Abgeordneter Wickel [F.D.P.]: Nicht von uns!)

(B)

- ich spreche in erster Linie vom Kollegen Bensmann und von der CDU -, hätte dieser Landeshaushalt etliche zehntausend Stellen mehr. Wir haben das einmal addiert, Herr Kollege Bensmann. Ich würde Sie bitten: Schauen Sie sich einmal an, was Sie selbst in dieser Periode beantragt haben.

(Abgeordneter Bensmann [CDU]: Lehrer!)

Wir hätten einige 10 000 Stellen in diesem Haushalt für Beamte und Lehrer mehr zu bezahlen. Ich weiß nicht, ob Sie Ihre Rede, die Sie heute als Appell an die Landesregierung gehalten haben, in Wirklichkeit nicht als Appell an Ihre eigene Vergangenheit hätten richten müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Bensmann [CDU])

Sie wollten ohne Rücksicht auf finanzielle Zukunftsvorsorge Personalpolitik betreiben, die dieses Land in finanzielle Krisen hineingeritten hätte.

(Abgeordneter Bensmann [CDU]: Wir hätten weniger Ministerien!)

(C)

Ich kann Ihnen nur sagen: Fassen Sie sich bei Ihrer Kritik auch an die eigene Nase. Kontrollieren Sie Ihre eigene Vergangenheit. Dann sehen Sie einmal, was von Ihrer Kritik gegen die Landesregierung und die SPD-Fraktion ernsthaft noch aufrechterhalten werden kann.

Es gibt in diesem Landeshaushalt, der über 70 Milliarden DM und über 350 000 Personalstellen umfaßt, zwei ganz wichtige Signale, die zeigen und beweisen, daß die SPD und diese Landesregierung einen finanzpolitischen Konsolidierungskurs fahren und auch durchhalten. Der beweist, daß sie in der Lage sind, trotz der 7 Milliarden DM, die uns an Einnahmen für die Finanzierung der deutschen Einheit fehlen, dieses Land handlungsfähig zu halten. Dazu will ich zwei Hinweise geben:

Erstens. Wir haben die Nettokreditaufnahme entgegen der Planung um 750 Millionen DM absenken können. Wir haben eine dreiviertel Milliarde DM weniger an Neuverschuldung, als ursprünglich geplant. Das ist eine ungeheure Leistung, die wir zustande gebracht haben und die natürlich nicht realisiert werden kann, wenn man als Ausgabepolitiker hier auftritt und meint, man müsse das, was man auf der Ausgabeseite fordert, nicht in irgendeiner Weise refinanzieren oder durch Einnahmen decken.

(D)

Das zweite Signal, das von diesem Landeshaushalt ausgeht, betrifft die Personalkostenquote und die Frage, welche Personalkostenquote wir, gemessen an den Steuereinnahmen, haben. Sie wissen, daß wir darüber lange diskutiert haben. Und der Kollege Busch hat hier im Plenum dazu eine vehemente Position vertreten. Wir haben darüber gestritten, ob es sich dabei um eine sinnvolle Berechnungsgrundlage handelt und, wenn es eine wäre, wie dann die Personalkostenquote aussehen könnte. Bei näherer Betrachtung werden Sie feststellen, daß die Personalkostenquote im Haushalt 1995 im Vergleich zum Haushalt 1994 um 0,4 % zurückgeht und damit unter die 50-%-Marke fällt.

Das sind die beiden Signale der Stabilität und der Konsolidierung, die auch von diesem Landeshaushalt

(Walsken [SPD])

- (A) halt für 1995 ausgehen und wahrlich das Ergebnis von schwierigen Anstrengungen sind, denen wir uns unterzogen haben, zu denen wir uns aber für die künftigen Generationen, von denen Sie gesprochen haben, verpflichtet fühlen.

Meine Damen und Herren, trotzdem - das zeigt unsere Handlungsfähigkeit - ist es uns gelungen, in diesem Landeshaushalt zwei Bereiche auch im Personalbereich so zu verbessern, daß wir wirklich von gravierenden Veränderungen sprechen könnten.

Das eine ist die Situation der Polizei: Uns liegt die innere Sicherheit so am Herzen, daß wir uns nach sehr, sehr langen internen Diskussionen dazu durchgerungen haben, die Polizei in großen Teilen in den gehobenen Dienst zu überführen. Dieser Landeshaushalt hat eine Fülle von Beförderungsmöglichkeiten für die Polizei. Ich hoffe, daß sich das auch im Gefühl für die Verbesserung der inneren Sicherheit in diesem Lande auszahlen wird. Es sind 7 000 Beförderungen von A 9 mittlerer Dienst in A 9 gehobener Dienst sowie 2 500 Obermeister, die zu Hauptmeistern befördert werden, es sind 1 750 Obermeister, die zu Hauptmeistern gemacht werden, und 1 750 Obermeister, die 1997 als Hauptmeister zur Beförderung anstehen. Das heißt: Wir haben 1998 76 % aller Polizeivollzugsbeamten im gehobenen Dienst. Meine Damen und Herren, das ist eine Leistung, die etwas darüber aussagt, welche Handlungsfähigkeit wir trotz der angespannten Finanzlage im Landeshaushalt unterbringen können.

(B)

Der zweite Bereich betrifft die Schulen: Wir haben 561 Stellen im Schulbereich geschaffen, davon 331 in der Grundschule und 204 an der Sonderschule. Das sind genau die Bereiche, die von Ihnen zu Recht als nachfragebedürftig und aufstockungsbedürftig dargestellt worden sind. Wir haben reagiert, und zwar natürlich so, wie es sich für Menschen gehört, die finanziell solide arbeiten. Wir haben das aus dem gedeckt, was im Landeshaushalt zur Verfügung steht, nicht aber, indem wir die Neuverschuldung nach oben geschoben haben oder irgendwo anders drastisch reduziert hätten.

Ich denke, daß die Veränderungen, die wir vorgenommen haben, Veränderungen sind, die von Augenmaß zeugen und den Bedürfnissen der Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen gerecht werden.

Man muß sich darüber im klaren sein, daß auch die Polizeioperationen, die heute morgen bei der Diskussion des Einzelplans 03 sehr positiv gewürdigt worden sind - auch die Oppositionsparteien konnten letzten Endes nicht daran vorbeigehen, daß die SPD eine Vorreiterrolle für diese Operationen übernommen hat -, nicht ohne Aus- bzw. Rückwirkungen auf andere Bereiche des mittleren Dienstes und in der Landesverwaltung bleiben. Wir alle - ich vielleicht im besonderen - haben zahlreiche Gespräche geführt, wie sich das auf das Gerechtigkeitsempfinden anderer Angehöriger des mittleren Dienstes in Nordrhein-Westfalen auswirkt: beim Justizvollzugsdienst, in der Finanzverwaltung, bei der allgemeinen inneren Verwaltung. Wenn wir Gerechtigkeit in der Besoldung der Beamten widerfahren lassen wollen, werden wir als Gesetzgeber feststellen müssen, daß wir nicht daran vorbeikommen, im nächsten Jahr eine Grundsatzdebatte über die Frage der Zukunft des mittleren Dienstes und der Beförderungsmöglichkeiten zum gehobenen Dienst zu führen. Wir sind es den Kolleginnen und Kollegen, die in der Landesverwaltung tätig sind, schuldig, eine Grundsatzdiskussion zu führen und ihnen Perspektiven und Chancen für ihre eigene Entwicklung aufzuzeigen.

(C)

Nur ganz am Rande will ich darauf hinweisen, daß es zum Beispiel zum Bereich der Umweltverwaltung einen Petitionsausschußbeschuß gibt.

(D)

Wenn ich schon diesen einen Bereich nehme, der uns in der Zukunft noch Sorgen bereiten wird und über den wir uns unterhalten werden müssen, gilt das für einen zweiten Bereich um so mehr. Auch der ist angesprochen worden. Dabei handelt es sich um die auf uns in verstärktem Maße zukommende Pensionierungslawine. Die Pensionierungslawine, mit der wir in den nächsten Jahrzehnten zu rechnen haben, wird dazu führen, daß der Spielraum für personalwirtschaftliche Maßnahmen noch geringer sein wird.

Wir werden uns darauf einstellen müssen, daß uns allein schon die Pensionierungszahlen dazu zwingen werden, von all dem Abstand zu nehmen, was Sie eben an Auswirkungsmöglichkeiten im Personalbereich des Haushaltes dargestellt haben, Herr Kollege Bensmann. Allerdings werden wir unsere Politik, die bisher erfolgreich dazu geführt hat, daß die Personalkostenquote im Landeshaushalt stabil geblieben ist, fortsetzen: auf-

(Walsken [SPD])

- (A) gabenkritische Überprüfung der Ressorts, aufgabenkritische Überprüfung der Landesverwaltung.

In der nächsten Periode werden wir uns der Aufgabe stellen müssen, nicht nur die Rationalisierungsdiskussion zu führen, sondern auch die tatsächliche Aufgabenkritik einzuleiten, ob Aufgaben notwendig sind oder nicht. Das wird eine Aufgabe sein, die wir zwangsläufig erledigen müssen, wenn wir mit den Herausforderungen der nächsten Jahre fertig werden wollen.

Sie haben sich in den vergangenen Jahren konstruktiv an dieser Diskussion beteiligt. Dazu möchte ich Sie auch für die kommenden Jahre einladen und würde es im Interesse einer soliden Landesfinanzierung und Landesfinanzlage begrüßen, wenn die Opposition auch im Wahlkampf auf die Dinge verzichten würde, die in Anbetracht der Finanzlage die Bürger nicht verdient haben, nämlich zu erzählen, daß das Land Nordrhein-Westfalen eine schwierigere Lage hätte als der Bund oder andere Bundesländer.

- (B) Ich kann Ihnen sagen: Der Herr Waigel wäre angesichts seines Haushalts froh, wenn er mit Finanzminister Schleißer in Nordrhein-Westfalen tauschen könnte. Denn hier sind die Bücher in Ordnung und offenlegungsfähig. Für den Bund habe ich meine Zweifel und die große Sorge, daß sich schon in den nächsten Wochen eine Lawine von bundespolitischen Entscheidungen auf unser Land und unsere Gemeinden niederschlagen wird, die wir gemeinsam abzuwenden versuchen müssen.

Hier liegt die Aufgabe der Opposition, nämlich mit uns gemeinsam als Vertreter der Gemeinden in diesem Lande dort Positionen gegen die Bundesregierung einzunehmen, wo sie die Interessen der Bürger und Städte in unserem Lande gefährdet.

(Zustimmung bei der SPD)

Dazu lade ich Sie ein und würde Sie bitten, mitzumachen und nicht abseits zu stehen, die nordrhein-westfälische SPD alleine in die Situation zu bringen, die Interessen Nordrhein-Westfalens im Bund vertreten zu müssen. Tun Sie das nicht! Sie tun den Bürgern Nordrhein-Westfalens damit keinen Gefallen.

(Beifall bei der SPD)

- Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege Walsken. - Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Wickel. (C)

Abgeordneter Wickel (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte nicht so spezifisch nur auf diesen Haushalt abheben, sondern an das Thema Stellenpläne etwas grundsätzlicher herangehen. Vielleicht noch eine Entgegnung auf Ernst-Martin Walsken: Wir haben uns natürlich im mittleren Dienst ein Problem eingebrockt und sind in der finanziellen Darstellung dessen, was bei der Polizei passiert ist, nicht ganz ehrlich gewesen.

Es wurden 8,4 Millionen DM als Deckungsvorschlag, und damit die Kostenneutralität darstellend, eingesetzt. Je nach Rechnung liegen wir aber zwischen 19 und 20 Millionen DM, was die Chose kostet. Wir haben nicht gesagt, daß im Jahre 1999, also in gut vier Jahren, die ganzen Lasten im Landeshaushalt, und zwar in voller Höhe, anfallen.

- Es gehört zur Ehrlichkeit dazu, zu sagen, was wir hier schon im Vorschuß auf 1999 genommen haben. Deshalb, Ernst Martin Walsken, habe ich es nicht so gerne, wenn man in Kenntnis des 14. Mai beim mittleren Dienst aller anderen Verwaltungen Hoffnungen erweckt - nach dem Motto: bei euch könnte ähnliches geschehen -, und nach dem 14. Mai muß man dann sagen: Das kann so nicht gehen, weil wir nichts mehr in der Kasse haben. (D)

Ich möchte grundsätzlich an das Thema herangehen. Der öffentliche Dienst mit seiner Beschäftigung ist kein Problem einer Partei. Alle, je nachdem, wo sie Verantwortung übernehmen, haben in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten immer mehr Aufgaben für den öffentlichen Dienst beschlossen und haben auch das Personal dafür bereitgestellt.

Das war alles kein Problem in Zeiten, als genug Geld in den Kassen war, als die Steuerquellen sprudelten. Das Problem ist an dem Tag aufgetreten, als diese Quellen nicht mehr so sprudelten und als man erkannte - das ist in der Politik vielleicht unterschiedlich, nach Land und nach Bund auch unterschiedlich -, was Pensionslasten eigentlich bedeuten.

(Wickel [F.D.P.])

- (A) Rückstellungen, wissen wir, werden nicht gebildet, wobei für mich immer noch unerklärlich ist - Haushaltsgesetze, Haushaltsgrundsätzegesetz sind alles Gesetze mit einfacher Mehrheit -, warum man nicht zumindest nachrichtlich jährlich die zu erwartenden Pensionslasten ausweist, damit auch die Politik erfährt, wenn sie Beschlüsse faßt, was die hinterher kosten.

Es besteht eine merkwürdige Scheu auf allen Ebenen der Finanzpolitik, irgendwie darzustellen, was über Pensionslasten auf uns zukommt. Es ist ein Verdienst von Heinz Schlußer als Finanzminister dieses Landes - das muß man sagen -, daß er seiner Fraktion mahnend und frühzeitig erläutert hat, was da auf uns zukommt. Das muß ein Finanzminister auch, allein schon, damit er keine Begehrlichkeiten weckt.

Was ich aber in dem Zusammenhang für viel bedrohlicher finde, ist, daß die Pensionsgrenzen von Jahr zu Jahr förmlich herunterrutschen. Wenn wir überlegen, daß bei 354 000 Bediensteten dieses Landes ungefähr das Pensionsdurchschnittsalter 58 Jahre beträgt, dann kann etwas nicht stimmen.

- (B) Da gehen Leute sieben Jahre früher in Pension, als es überhaupt ein Finanzminister rechnen kann. Da werden sieben Jahre früher neue Stellen erforderlich, das heißt also, wir bezahlen an den Stellen dann 175 %, nämlich die 75 % für den, der zu früh geht, und die 100 % für den neuen Menschen, der diese Stelle und Aufgabe übernimmt. Das kann einfach so nicht weitergehen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Da ist die Diskussion für mich akademisch, ob wir die Lebensarbeitszeit vom 63. auf das 64. Lebensjahr verlängern, wenn statistisch erkennbar das Pensionsalter von Jahr zu Jahr heruntergeht.

Wenn ich mir jetzt einige Kongresse von Gewerkschaften aus der letzten Zeit angucke, die wieder auf Lebensarbeitszeitverkürzung hinauslaufen - es muß doch endlich einmal begriffen werden, was die öffentlichen Haushalte noch hergeben können und was sie nicht hergeben können.

Wir werden im Februar bei der Anhörung darüber reden: Was ist billiger für eine öffentliche Hand - Beamte, Angestellte? Kann man überhaupt den

Vergleich so erfragen? Wir werden feststellen, daß es immer mehr Spannungsfelder zwischen denen, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, gibt. Der Beamte weiß bis heute sicher: Wenn er mit dem letzten Gehalt in den Ruhestand geht, seine Vordienstjahre erbracht hat, bekommt er 75 % des letzten Gehaltes als Pension.

Keiner hat begriffen, was die Rentenreform 1992 bedeutet hat. Die Rentenreform 1992 war eine Rentenkürzung in der Angestelltenversicherung um rund 20 %. Der Angestellte, der heute vierzig Jahre im Arbeitsleben war, kann zum Beispiel im Jahre 1994 als Höchstrente 2 800 DM verlangen. Jetzt stellen Sie sich bitte einmal vor - das erleben wir ja mit der neuen Gemeindeordnung des Innenministers -, daß Leute, in A 12 ihr Leben lang beschäftigt, plötzlich in B-3- und B-5-Positionen in der Gemeinde rutschen, durch ihre Vorzeit nach zwei Jahren einen Pensionsanspruch von 75 % haben. In einem Fall, den ich einmal durchgerechnet habe, bedeutet das, daß der Betreffende nach zwei Jahren mit den Vordienstzeiten mit 12 400 DM in Pension geht.

Meine Damen und Herren! Hier stimmt was nicht. Hier stinkt was. Es wird politisch unsere Aufgabe sein, diese Unterschiede, die der einzelne nicht zu vertreten hat, die die öffentliche Hand aber nicht mehr hinnehmen kann, abzuschaffen, damit unser öffentlicher Dienst in seinem inneren Gefüge nicht daran zerbricht.

(Beifall bei der F.D.P.)

Es ist niemandem mehr klarzumachen, daß diese Unterschiedlichkeit kein Einzelfall ist, sondern sich tagtäglich herausstellt.

Deshalb, meine Damen und Herren, sehe ich wenig Sinn darin, daß wir bei leeren Kassen in einen Wettbewerb eintreten: Wer will mehr Leute befördern, wer will mehr Leute einstellen? Das führt uns politisch alle, egal, welcher Partei wir angehören, einfach vor die Wand, weil in Kenntnis der Haushaltssituation so die Probleme von 1995 und den folgenden Jahren nicht mehr zu lösen sind.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir werden erkennen müssen, daß die Personalhaushalte und Stellenpläne das größte Problem der nächsten Haushalte werden. Wir werden erkennen müssen, daß die bisher nicht erkennbaren

(Wickel [F.D.P.])

- (A) Pensionslasten eine erdrückende Last auf jede Gestaltungsmöglichkeit künftiger Haushalte bedeuten.

Deshalb ist es nicht richtig, im Wettbewerb der politischen Parteien untereinander den Bereich des öffentlichen Dienstes so zu verändern, daß wir hinterher unseren Bankrott erklären müssen, vielleicht eines kurzfristigen Erfolges, einer Wahl wegen. Das haben alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nicht verdient.

Ich bitte Sie herzlich, vom Februar an beginnend, wenn wir die große Probleme hier ansprechen, mehr nach einer Lösung zu suchen, die vom Interesse der Beschäftigten her geleitet ist und nicht vom politischen Wettbewerb des Mehr-Geldausgebens. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege Wickel. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Busch.

- (B) Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Wickel, gemessen an den wirklich salbungsvollen Worten, die Sie hier vorgebracht haben, haben Sie in den Haushaltsberatungen selbst - insbesondere bei den Beratungen der Stellenpläne - erstaunlich wenig Konkretes vorgelegt. Ich kann mich im Moment an keinen Antrag erinnern, zu dem man sagen könnte, daß die Einsparabsichten, die Sie vorgetragen haben, sich tatsächlich hätten konkretisieren lassen.

(Abgeordneter Wickel [F.D.P.]: Sie waren doch überhaupt nicht da!)

- Ich verstehe Ihre Aufregung, aber diese Kritik kann ich Ihnen nicht ersparen.

Die CDU-Fraktion hat es übrigens auch nur fertiggebracht, Anträge zu stellen nach dem Motto "Ein Prozent oder zwei Prozent Kürzung des Stellenbestandes".

(Zuruf des Abgeordneten Bensmann [CDU])

Aber konkrete Anträge, daß Sie etwa in der Bauverwaltung die und die Stellen streichen wollen oder bei der Polizei dieses oder jenes machen wollen, haben Sie nicht gestellt. Wo wollen Sie denn streichen? Ich kenne Ihre Anträge. Es gibt einen Antrag, in dem steht: Wir wollen zwei Prozent Stellen streichen, außer im Schulbereich, im Justizbereich, bei der Staatsanwaltschaft, bei den Hochschulen, bei der Steuerverwaltung und so weiter. Was bleibt dann noch übrig? Herr Bensmann, das ist eben Ihre Politik. Dabei wollen wir nicht mitmachen, weil das für uns einfach zu sehr auf Täuschung der Öffentlichkeit gemünzt ist.

Ich will jetzt zu dem Punkt "Steuerpersonalquote" kommen: Herr Schleußer hat ja diese magische Größe 50 % in die Debatte gebracht. Herr Schleußer, mit dieser Quote wird Äpfel über Birnen gerechnet. Dabei wird gerechnet: Ausgaben geteilt durch Einnahmen. Das ist vom Begriff Quote her definitorisch falsch. Dann muß man natürlich auch zu unsinnigen Ergebnissen kommen. Man kann allerdings einen Teil der Ausgaben durch die Gesamtausgaben teilen. Auf diese Weise erhält man eine Quote wie beispielsweise: 40 % Personalausgaben. Das ist korrekt. Wenn ich aber Personalausgaben geteilt durch Steuereinnahmen rechne, beziehe ich Unvergleichbares aufeinander. Das führt natürlich auch zu Unsinn, weil sich zum Beispiel die Steuereinnahmen aufgrund des Konjunkturverlaufs, aber auch strukturell, verändern. Das heißt, wenn ich den Personalbestand auf die Steuereinnahmen beziehe, komme ich unter Umständen zu Steuerungsergebnissen, die vollkommen unsinnig sind. So müßte ich beispielsweise in der Rezession, wenn die Steuereinnahmen sinken, den Personalbestand vermindern, und ihn im Boom, wenn die Steuereinnahmen steigen, wieder aufbauen. Natürlich kann man sagen, man wolle das mit einem Durchschnitt machen. Aber wo bleibt da die Steuerungsleistung?

Nun kann es auch sein, daß sich die anderen Einnahmequellen erheblich verändern, wie wir das auch beobachtet haben. Steuereinnahmen sind nämlich nur ein Teil, wenn auch ein großer Teil der gesamten Einnahmen. Ich bin der Meinung, daß man richtige Zielgrößen angeben sollte, wenn man denn schon rechnet. Diese Steuerpersonalquote ist dazu jedenfalls nicht geeignet.

Ich komme zum Stichwort "Pensionslasten": Dazu kann ich nur sagen, daß man jetzt die Suppe

(C)

(D)

(Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

- (A) auslöffeln muß, die man sich einige Jahre vorher eingebrockt hat. Wenn man jahrzehntelang Angestelltenstellen zugunsten von Beamtenstellen abbaut, muß man sich nicht wundern, wenn man später auch entsprechende Versorgungslasten zu tragen hat. Diese Politik wird heute noch gemacht. Selbst im aktuellen Haushalt werden 600 oder 700 Stellen von Angestellten- in Beamtenstellen umgewandelt. Das heißt, zugunsten eines kurzfristigen Einsparerfolges wird diese Politik fortgesetzt, daß für die Zukunft Pensionslasten produziert werden. Ich kann deshalb nur sagen, daß man sich dann nicht über steigende Pensionslasten wundern darf.

Beim nächsten Punkt komme ich zu den Organisationsuntersuchungen des Arbeitsstabes "Aufgabenkritik": Herr Bensmann, ich gebe zu, daß ich nicht alle Untersuchungsberichte habe lesen können. Ich vermute bei den Bergen, daß Sie die auch nicht alle gelesen haben. Ich habe nur stichprobenartig in diese Papiere hineingesehen und kann dazu sagen, daß die Ergebnisse zum Beispiel für die Steuerverwaltung geradezu absurd sind. Dabei kommt man nämlich zum Ergebnis, daß ich, wenn ich weniger Geld einsetzen will, weniger Finanzbeamte beschäftigen muß. So kann man das Ergebnis ungefähr zusammenfassen. Es steht nichts darin, was man als neu bezeichnen könnte, was wirklich eine Entscheidungshilfe leisten könnte. Außerdem ist das vorgeschlagene Verfahren, wie man bei der Betriebsprüfung zu den prüfungswürdigen Fällen kommt, "in die Hose gegangen". Es hat sich in der Praxis nicht bewährt. Ich frage mich wirklich, was davon übrigbleibt. Wir haben deswegen vorgeschlagen, die Summe, die für Organisationsuntersuchungen ausgegeben werden soll, um 6,1 Millionen DM zu kürzen. Dies einfach deshalb, weil wir uns hiervon keine für die Politik brauchbaren und ergiebigen Ergebnisse erwarten.

(B)

In dem Zusammenhang muß ich natürlich auch in Zweifel ziehen, ob die 7 000 jetzt kw-gestellten Stellen an der geeigneten Stelle eingespart werden. Auch wir möchten und würden einsparen. Ich nenne die Bauverwaltung und die Regierungspräsidien. Aber die Organisationsuntersuchungen haben dazu keine hilfreichen Anregungen gegeben. Ich denke, es muß der Debatte um die Verwaltungsstrukturreform vorbehalten bleiben, bessere Ansatzpunkte zu liefern.

Ich will jetzt noch auf einige Einzelbereiche eingehen. Ich komme zunächst einmal zu dem Bereich "Schule": Wir haben gefordert, daß 7 900 Stellen im Schulbereich zusätzlich eingerichtet werden. Wir haben dies deswegen gefordert, weil das Kienbaum-Gutachten im Gegensatz zu dem, was seitens der Landesregierung behauptet wird, genau bewiesen hat, daß in diesem Umfang Stellen fehlen. Insofern ist es nur konsequent, das Kienbaum-Gutachten ernst zu nehmen und die Einrichtung entsprechender Stellen vorzuschlagen. Wir sind übrigens in der Sache gar nicht auseinander. Auch die CDU-Fraktion hat zugegeben oder festgestellt, daß in diesem Ausmaß Stellen fehlen. Sie gehen aber nicht den Schritt, diese Stellen dann im Rahmen der Haushaltsberatungen einzubringen.

(Abgeordneter Bensmann [CDU]: Haben Sie überhaupt nicht zugehört?)

Das ist der Unterschied zu uns: Wenn wir so etwas behaupten, wird dies auch in den Haushaltsberatungen umgesetzt.

(Abgeordneter Bensmann [CDU]: Das ist unerträglich!)

Ich komme zu dem Programm "Geld statt Stellen": Gerade unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten ist es eigentlich eine Ungeheuerlichkeit, daß hier 27,8 Millionen DM für nebenamtliche Tätigkeit ausgegeben werden. Wir haben vorgeschlagen, diese Gelder an der Stelle zu streichen und dafür einen Stellenpool mit Vollzeitstellen für arbeitslose Lehrer einzustellen, damit Dauerstellen geschaffen werden und nicht ein Flickwerk entsteht, wie das mit diesem Programm der Fall ist.

Die CDU hat - wie immer, möchte ich fast sagen - vorgeschlagen, bei den Gesamtschulen Stellen zu streichen. Daß wir das konsequent ablehnen, liegt, glaube ich, auf der Hand.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme zum Bereich Finanzverwaltung. Da gibt es zunächst einmal das bekannte Problem, daß hier nicht genügend Betriebsprüfer und Steuerfahnder vorhanden sind, um das Arbeitsaufkommen zu bewältigen. Ich nehme einmal das Bei-

(C)

(D)

(Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

- (A) spiel: Im Bundesdurchschnitt werden Kleinbetriebe und Freiberufler alle 20 Jahre geprüft; in Nordrhein-Westfalen werden sie nur alle 26 Jahre geprüft. Da ist im Grunde das Know-how schon auf den Sohn oder die Tochter übergegangen, bevor hier überhaupt mal jemand vonseiten der Steuerverwaltung diesen Laden zu Gesicht bekommt.

Ich halte das für einen Skandal und bin der Meinung - und da stehe ich ja nicht allein, sondern das hat zum Beispiel die Anhörung des Bundestages zu diesem Thema ergeben -, daß hier in ganz erheblichem Umfang, also in zwei- oder sogar dreistelligem Milliardenumfang, Steuern hinterzogen werden, insbesondere im Unternehmensbereich. Und hier muß Abhilfe geschaffen werden, auch - nicht nur, aber wesentlich auch - durch eine Verbesserung des Personalbestandes.

Dann gibt es in dem Zusammenhang ein ganz konkretes Problem, nämlich die Frage der Leute, die befristet beschäftigt sind, etwa 1 000. Wir haben in Absprache mit Leuten, die sich in dem Bereich auskennen, jetzt noch einmal einen Antrag eingebracht - ich denke, den werden wir am Freitag im Haushalts- und Finanzausschuß auch noch einmal diskutieren -, daß ein Stellenpool von 200 Stellen eingerichtet wird. Wir sind der Meinung, daß die Lösung, die jetzt im Raum steht, unzureichend ist, daß hier tatsächlich Leute abgeschreckt werden, auf diesen Stellen zu bleiben, die befristet sind, weil sie befürchten müssen, daß sie eben nicht ihren Vertrag verlängert bekommen.

- (B) Es ist die sauberere Lösung, solche 200 Stellen hier einzurichten. Man kann die Leute nicht darauf vertrösten, daß im nächsten Jahr vielleicht doch Stellen eingerichtet werden, in Rücksprache mit dem Haushalts- und Finanzausschuß - oder vielleicht auch nicht, in Abhängigkeit von der Lage. Wir halten diese Lösung für sauberer. Sie ist aber auch nicht teurer; denn wenn die Stellen Ihrer Ansicht nach tatsächlich nicht notwendig sind, dann werden sie eben im Endeffekt auch nicht besetzt werden müssen. Es bleibt also kostengünstig das gleiche, ist aber mit Blick auf die Betroffenen die sauberere und vernünftige Lösung.

Wir haben gefordert, im Bereich der Umweltämter, also der Ämter für Umweltschutz und der Ämter für Arbeitsschutz, der früheren Gewerbeaufsichtsämter, zusätzliche Stellen einzurichten.

Und wir wollen mehr Lehrstellen im Bereich der öffentlichen Verwaltung. Hier ist die Stellenzahl von 10 600 auf knapp 9 000 zurückgegangen, also ein Minus von 1 700. Wir sind der Auffassung, daß das nicht in die Landschaft paßt. Wir haben Nordrhein-Westfalen-weit, aber auch bundesweit eine Verschärfung der Ausbildungsplatzproblematik. Hier kann es nicht sein, daß die öffentliche Verwaltung sich aus der Ausbildungsverantwortung herausstiehlt.

(C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe damit - ich bin am Ende der Redezeit - einige Kritikpunkte der GRÜNEN am Haushalt und insbesondere am Personalhaushalt skizziert und unsere Ansatzpunkte für mehr Stellen in bestimmten, kritischen Bereichen beleuchtet. Ich denke, das Weitere werden wir im Rahmen der Beratungen zu den jeweiligen Einzelplänen hier vortragen. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Finanzminister, möchten Sie noch Stellung nehmen? - Das ist nicht der Fall. Wir haben hier auch nach dem Schluß der Beratung keine Abstimmung zu vollziehen. Ich darf damit diesen Punkt für erledigt erklären und rufe die Nummer 5 auf:

(D)

Einzelplan 01:Landtag

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 11/8001 und die Änderungsanträge. Die Fraktion der GRÜNEN hat hier einen entsprechenden Antrag gestellt. Ich eröffne hiermit die Beratung und erteile das Wort - -

(Zurufe)

Ohne Debatte? - Ach so.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Es liegt ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor, Drucksache 11/8157, Teilbereich 1 zu Kapitel 01 010. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Antrag mit den Stimmen der Antragstellerin gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und der F.D.P. abgelehnt worden.